

Neujahrsrede 2018

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

was für ein Jahr liegt hinter uns! Das Jubiläumsjahr 2017. Aus der Fülle der kleinen und großen Jubiläen dieses Jahres kann ich aus Zeitgründen nur wenige in Erinnerung rufen: 25 Jahre Weinberg-Campus – darüber werden wir nachher mehr hören –, 100 Jahre Vereinigung der Freunde und Förderer der Universität Halle-Wittenberg und besonders 200 Jahre seit der Vereinigung der Universitäten Wittenberg und Halle am 21. Juni 1817.

Aber vor allem das Reformationsjubiläum im Gedenken an Martin Luthers Thesen zum Ablass im Jahre 1517, vor 500 Jahren.

Auch dies war – obwohl weltweit begangen – im Kern ein Universitätsjubiläum. Denn: ohne die Uni Wittenberg keine lutherische Reformation. Luther war bei uns Professor, und seine so erfolgreichen Thesen waren die Herausforderung zu einer akademischen Disputation im Rahmen seiner universitären Aufgaben. Was daraus geworden ist, hat deren Grenzen allerdings weit überschritten.

Im Ergebnis möchte ich sagen: Die Uni Wittenberg hat als erste deutsche Universität nachhaltig und mit Wirkungen bis in unsere Gegenwart das realisiert, was man neuerdings die „Third Mission“ der Hochschulen genannt hat: das Hineinwirken der Universität in die Gesellschaft.

Insbesondere steht die Universität Wittenberg für die vielleicht erfolgreichste Ausgründung seit 500 Jahren: die Gründung eines weltweit operierenden Unternehmens-Netzwerks mit Filialen in allen bekannten Erdteilen unserer Welt, die unter den Namen lutherischer, protestantischer oder evangelischer Kirchen firmieren und insgesamt einen milliardenschweren Umsatz erwirtschaften.

Das Ganze entsprang nicht einer anwendungsorientierten Forschung oder Entwicklung, sondern verdankte sich strikter Grundlagenforschung. Die Ausgangsfrage war nicht: wie gründe ich am besten eine erfolgreiche Heilsvermittlungs-AG oder vielleicht auch GmbH, sondern: was steht eigentlich in der Bibel? Als dem entscheidenden Grundtext für jegliches öffentliche Angebot.

Damit waren Orchideen-Fächer wie Hebräisch und Griechisch gefragt – nicht allerdings Latein, denn das sprach ohnehin jeder Gebildete und das war die Umgangssprache an Universitäten generell.

Nun war bei aller Grundlagenforschung eine Ausgründung im Jahre 1517 zunächst kaum denkbar. Es gab einen Monopolkonzern mit einer seit Jahrhunderten etablierten Ablasshandels-Kette, die gerade in dieser Zeit höchste wirtschaftliche Erfolge erzielte und erfolgreiche Werbemaßnahmen durchführte.

Jedoch traf sich dieser Wittenberger start-up mit einer zunehmenden Unzufriedenheit maßgeblicher Konsumentenschichten mit dem Konzern, die das zwangsläufig monopolistische Heilsangebot lieber in flacheren Hierarchien realisiert sehen wollten und statt über den kaufmännischen Direktor in der ewigen Stadt und seine regionalen Abteilungsleiter einen eher direkten Zugang zum eigentlichen Chef des Konzerns oder zumindest seinem Sohn suchten.

In diese Marktlücke stieß der Wittenberger start-up mit seinem pastoralen Berater-Team und scheute im Endeffekt auch vor bisweilen gewagten franchising-Unternehmungen nicht zurück – letztlich mit durchschlagendem Erfolg.

Aber genug mit diesem Präliminar-Geschwafel. Ich will Sie zunächst einmal gebührend begrüßen.

[Es folgen der Dank an das Jazztrio unter Leitung von Herrn Martin Tuchscherer vom Institut für Musik für die musikalische Umrahmung des Neujahrsempfangs und die z.T. namentliche Begrüßung der Gäste.]

Zunächst ein paar Bemerkungen zu den Ereignissen des vergangenen Jahres:

Auf die Feierlichkeiten zum **zweihundertjährigen Jubiläum** der Vereinigung der Universitäten Halle und Wittenberg möchte ich kurz eingehen und an die Jubiläumsausstellung unter dem Titel „Die kombinierte Akademie“ und unsere Festwoche im

Juni erinnern. Die Ausstellung präsentierte noch nie gezeigte Objekte wie das Original der deutschen Bundesakte – der Vertrag über die Gründung des deutschen Bundes auf dem Wiener Kongress 1815.

Höhepunkt der Festwoche war der 21.06.2017, an dem der Festakt und das große Universitätskonzert stattfanden. Das Universitätskonzert, das alle Ensembles unserer Universität bestritten, war zweifellos ein unvergessliches emotionales Erlebnis.

Als Fazit können wir feststellen, dass das Jubiläum ein guter Anlass war, unsere Universität zu präsentieren und auf uns aufmerksam zu machen.

Die Universität erfreut sich erneut hohen **Zuspruchs bei den Studierenden**. Zum Wintersemester 2017/2018 sind rund 19.900 Studierende eingeschrieben, davon sind 4100 neu in Halle. Neun Prozent der eingeschriebenen Studierenden kommen aus dem Ausland. Im Zusammenhang mit den Diskussionen über den Lehrermangel erhöhte die Universität ein weiteres Mal ihre Aufnahmekapazitäten in der Lehramtsausbildung und bot 700 Lehramtsstudienplätze an, die ausgelastet sind. Insgesamt sind über 3.000 Studierende im Lehramt eingeschrieben. Wir bewegen wir uns bei den Einschreibezahlen auf dauerhaft hohem Niveau. Die Zahlen sind Indiz dafür, dass das Studienangebot und die Studienbedingungen in Halle sehr gut sind. In diesem Kontext möchte ich nicht unerwähnt lassen, dass mit Frau Prof. Dr. Heike Kielstein die Professorin des Jahres im Fachgebiet „Medizin und Naturwissenschaften“ an unserer Universität – im Institut für Anatomie – lehrt. Sie erhielt die Auszeichnung für die Ausbildung und Betreuung ihrer Studierenden.

Nicht nur bei den Studierenden können wir punkten, sondern auch im **Bereich des wissenschaftlichen Nachwuchses, der Forschung und der Infrastruktur**. So konnten wir vier Graduiertenschulen einwerben – zwei in den Geisteswissenschaften und jeweils eine in den Agrar- und den Polymerwissenschaften. Hinter diesen eingeworbenen Projekten steht eine Fördersumme von ca. 9 Millionen Euro. Damit können 40 Promotionsstellen für die nächsten Jahre finanziert, die internationale Doktorandenausbildung an unserer Universität weiter ausgebaut und junge Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen nach Halle geholt werden.

Gefreut haben wir uns auch über die Bewilligung des Graduiertenkollegs, das die Biologen eingeworben haben. Die DFG stellt hierfür 3,5 Millionen Euro für die nächsten 4 ½ Jahre zur Verfügung. Auch aus diesen Mitteln sollen 18 Promotionsstellen finanziert werden.

Die MLU beteiligte sich mit drei Antragsskizzen in den Bereichen Biowissenschaften und Materialwissenschaften und im Bereich der Geisteswissenschaften im Universitätsbund Halle-Jena-Leipzig an der ersten Runde der **Exzellenzstrategie von Bund und Ländern**. Die Konkurrenz war groß, und wir konnten uns leider nicht durchsetzen. Dennoch sind wir uns sicher, dass die Arbeit gewiss nicht umsonst war. Die Antragsskizzen haben dazu beigetragen, das wissenschaftliche Profil dieser Bereiche noch einmal zu schärfen und sie auf ein hervorragendes Fundament für andere Förderprogramme zu stellen.

In diesem Kontext ist die Einwerbung des Sonderforschungsbereichs/Transregio mit dem Titel: „Ultraschnelle Spindynamik“ zu sehen, über die wir uns sehr gefreut haben. Physiker unserer Universität konnten gemeinsam mit Wissenschaftlern der Freien Universität Berlin die DFG von ihrem Antrag überzeugen und erhalten dafür für vier Jahre 9,3 Millionen Euro. Das Themenfeld des SFB ist Bestandteil unseres Forschungsschwerpunkts „Nanostrukturierte Materialien“.

Für erfolgreiche Forschung steht auch das neue **Proteinzentrum**, das uns Ende August von Frau Bundesministerin Wanka feierlich übergeben wurde. Dort bündelt unsere Universität ihre Expertise im Bereich der Proteinbiochemie. In einem wettbewerblichen Antragsverfahren konnten wir uns mit einer Antragsskizze durchsetzen, die sowohl der Wissenschaftsrat als auch die gemeinsame Wissenschaftskonferenz von Bund und Ländern bestätigte und den Bau eines Proteinzentrums in Halle befürwortete. Mit dem „Charles Tanford Proteinzentrum“ kann die Spitzenforschung auf dem Gebiet der Proteinbiochemie weiter gestärkt werden und 12 Arbeitsgruppen der Naturwissenschaftlichen Fakultäten I und II sowie der Medizinischen Fakultät, 255 Forscherinnen und Forscher in 125 Laboren, 62 Büros sowie mehreren Besprechungs- und Konferenzräumen interdisziplinär zusammenarbeiten.

Am 12. September 2017 eröffnete der Ministerpräsident die modernste **Zahnklinik** Deutschlands in der Magdeburger Straße. Die Zahnklinik ist neben der Krankenversorgung für die Ausbildung von 240 Zahnmedizin-Studierenden verantwortlich. Ein Vorteil des neuen Standorts ist, dass alle Disziplinen der Zahnheilkunde unter einem Dach untergebracht sind. Neben der besseren Versorgung der Patienten wird die Qualität der Ausbildung erhöht, und auch Forschungsprojekte können dadurch besser unterstützt werden.

Soviel dazu.

Wir stehen am Anfang eines neuen Jahres. Der doppelköpfige Janus blickt zurück und voraus. 2018 erinnert an das Ende des Ersten Weltkriegs vor hundert Jahren und die Gründung der ersten deutschen Demokratie, die wir trotz ihres Scheiterns in Ehren halten – und gerade wegen ihres Scheiterns genau analysieren und auf strukturelle Probleme unserer Gegenwart befragen müssen. Unsere zweite Demokratie darf nicht gefährdet werden, und es ist unser aller Aufgabe, eine solche Gefährdung zu verhindern.

Am Tag unseres Neujahrsempfangs 2017 wurde Donald Trump in sein Amt eingeführt. Alle damaligen Befürchtungen über einen potentiell gefährlichen Donaldismus hat der Präsident selbst am 6. Januar 2018 in einem historischen Tweet entkräftet mit dem klaren Statement, er sei ein Genie, und zwar ein mental gefestigtes Genie.

Es wird also nicht weiter nötig sein, für die Verhinderung eines Dritten Weltkriegs auf den rechtzeitigen Einsatz einer geriatrischen Notfallambulanz zu hoffen, sondern alles wird gut. Selbst die Diktatoren dieser Welt gehen aufeinander und auf andere zu und bieten – mit verständlichen Erpressungsversuchen – vermittelnde Gespräche an.

Da wir – obgleich unerwartete Wetterumbrüche, Stürme und Taifune, Hitze- und Kältewellen, Erdbeben und Überschwemmungen zu verzeichnen waren – keinerlei Indizien für einen problematischen Klimawandel sehen müssen, ist alles prima in Ordnung.

Dass gestern mit „Friederike“ der seit Kyrill schwerste Orkan über unser Land tobte, ist sicher auch nur Zufall. Und wer ist auch schon so blöd wie ich, ausgerechnet am Donnerstag an einer Sitzung der „Arbeitsgruppe Kleine Fächer“ in Mainz teilnehmen und mit dem Zug zurückfahren zu wollen.

Die Strandung erfolgte in Fulda, und dass ich jetzt wirklich hier bin, verdanke ich einer spontan gebildeten Fahrgemeinschaft nach Merseburg, Halle und Dessau, einem Taxigutschein der Deutschen Bahn und einem couragierten Taxifahrer, der diese Fahrt auf sich genommen hat.

Ich weiß nicht, wie er heißt, aber seine Kollegen nannten ihn im Funk „Abdul“. Für mich ein schlagendes Argument dafür, dass gut integrierte sogenannte Migranten zur Not auch einem indigenen Universitäts-Rektor den – „Hintern retten“ können.

2018 erinnert aber nicht nur an das Ende des Ersten Weltkriegs vor 100 Jahren, sondern auch an den Ausbruch des 30jährigen Krieges vor 400 Jahren. Das mag ein weit entlegenes Datum scheinen, findet aber massive publizistische Resonanz in unseren Tagen.

Historiker und Politologen sehen strukturelle Ähnlichkeiten unserer Zeit mit den längst vergangenen Umbruchsituationen, die zu massiven und lange andauernden gesellschaftlichen Verwerfungen geführt haben. Die intensive Publizistik zum Dreißigjährigen Krieg ist nur ein Indiz dafür. Was in Europa im Westfälischen Frieden von 1648 relativ rational und zukunftsweisend geordnet wurde, steht in den globalen Auseinandersetzungen unserer Zeit erst am Anfang eines rationalen Diskurses – wenn es zu diesem überhaupt kommt.

Gegenwärtigen Alltagsfragen näher liegt vielleicht der Bezug zur Industriellen Revolution des 19. Jahrhunderts mit ihrer ungeheuren Zunahme an naturwissenschaftlicher Erkenntnis und technologischer Innovation, die aber zugleich zu einer fundamentalen gesellschaftlichen Verunsicherung und Orientierungslosigkeit bis weit ins 20. Jahrhundert hinein geführt hat. Ihre Folge war nicht die von Marx erwartete Revolution im Sinne einer Internationalisierung gleicher Interessen der Proletarier aller Länder, die sich vereinigen sollten, sondern das Verlangen nach Rückkehr in vertraute Strukturen, nach Heimat und nationaler Identität – und damit letztlich die Begründung völkischer Ideologien und nationalistischer Diktaturen.

Jedenfalls waren die Folgeprobleme der Industriellen Revolution nicht technisch oder naturwissenschaftlich zu lösen. Es handelte sich um mentale Probleme: Das Verständnis und die Akzeptanz für die neue Situation war in weiten Teilen der betroffenen Bevölkerung nicht vorhanden. Und ein solches Problem haben wir unter veränderten Vorzeichen heute auch wieder.

„Verändert“ deswegen, weil es nicht um den Widerstand gegen eine neue Technologie – hier die Digitalisierung und die Internet-Nutzung – geht, sondern um eine neue Dimension.

Die Digitalisierung hat eine technische und finanzielle Komponente in unserem Land. Was aber ist mit der mentalen Komponente weltweit – und auch hier? Wir befinden uns in einer verdammt gefährlichen Erprobungsphase, in der eine Unterscheidung von Segen und Fluch noch nicht getroffen werden kann. Was aber jetzt schon – oder auch: noch – klar ist: Abgesehen von der dienenden Funktion des Netzes, die für Wirtschaft und Wissenschaft

gleichermaßen interessant ist, gibt es die meinungsbildende Funktion des Netzes, die äußerste Gefahren birgt.

Wie in der industriellen Revolution hält gerade auch bei der sogenannten digitalen Revolution die mentale Verarbeitung der neuen Errungenschaften mit der technologischen Entwicklung keinen Schritt. Das mag bestritten werden mit dem Hinweis, dass sich in der industriellen Revolution die Besitzenden an „Produktionsmitteln“ (Marx) rücksichtslos gegen die Mehrheit der arbeitssuchenden Bevölkerung gewendet und damit die Entwicklung demokratischer Verhältnisse bekämpft hätten, während die gleiche Zugänglichkeit zum Internet die Gleichheit aller und somit die Demokratie fördere. Dies ist nur in Grenzen wahr und sieht davon ab, dass bestimmte Suchanfragen immer nur mit vergleichbaren, nie aber mit differenzierenden Angeboten beantwortet werden. Big Brother is watching you.

Es gibt allerdings die Möglichkeit für jedermann, sich ohne die geringste Sachkompetenz, ganz aus Vorurteilen heraus oder schlichtweg dumm, in Internet-Diskussionen einzuschalten und seine im Deutschen grammatisch falschen Statements abzurücken.

Es gibt ein lateinisches Sprichwort, das heißt: „Vox populi, vox Dei“ – zu Deutsch: Die Stimme des Volkes ist die Stimme Gottes. Aber schon vor mehr als tausend Jahren hat Alkuin, Berater Karls des Großen, dazu kommentiert: „Das ist Wahnsinn“.

Jedenfalls ist das nur eine Marginalie des bekannten Problems, mit dem sich zunehmend auch Gerichte beschäftigen müssen. Aber vielleicht gibt es weitergehende Probleme.

Sich in der virtuellen Realität des digitalen Zeitalters auszukennen, mag ein schwerwiegendes Handicap dafür sein, sich in unserer analogen, aber dafür umso realeren und durchschlagenderen, letztlich auch justiziablen Realität zurechtzufinden. In unserer Wirklichkeit gibt es keine durch Knopfdruck zu reanimierenden Toten – und kein „Reset“-Knopf kann ein verpfushtes Leben neu konstellieren.

Der Ernst unseres Lebens kann nicht digital relativiert werden. Wer das nicht begreift, ist eine Gefahr für sich selbst – und für unsere Gesellschaft.

Wir brauchen eine Zukunftsperspektive – und die kann nicht nur auf Breitband-Ausbau und Technologie setzen, das auch –, aber behält die mentalen Aspekte und Herausforderungen im Blick und setzt zugleich auf Bildung, mediale Kompetenz und Dialogfähigkeit.

Letzteres allerdings können die Digitalisierung und ihre Technokraten selbst nicht leisten. Sie schaffen die Voraussetzung für wirtschaftliche Vernetzungen, die kleinen und mittelständischen Unternehmen ihren Platz am Markt sichern, und zugleich bieten sie Plattformen für antidemokratische Hetze radikaler Gruppierungen, die mit aller Kraft zu bekämpfen sind, weil sie die Grundlagen einer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft anfeinden und umstürzen wollen. Der amerikanische Historiker John F. Jungclaussen hat in der ZEIT Ende vergangenen Jahres formuliert: „Facebook zerstört die Demokratie“. Das ist hoffentlich kein abschließendes Statement, sondern nur eine Warnung.

In Verbindung von Klimawandel und Facebook-Hetze kann man allerdings auch sehr konkret werden. Es ist nicht per se verwerflich, wenn eine Zeitung ein wissenschaftlich durchaus fragwürdiges Statement zum Klimawandel publiziert. Und es ist sehr verständlich und aller Ehren wert, wenn fachlich kompetente Wissenschaftler sich dagegen wenden. Nicht akzeptabel ist es, wenn sich eine derartige Gegendarstellung einem sogenannten shit-storm in den asozialen Medien ausgesetzt sieht. Hier ist es die Aufgabe der Wissenschaftseinrichtungen – der universitären wie der außeruniversitären – allen Kolleginnen und Kollegen, die sich in den öffentlichen Diskurs einbringen mit ihrer fachlich begründeten Meinung, klar und deutlich den Rücken zu stärken und sie gegenüber Anfeindungen zu verteidigen. Wir können keine gesellschaftliche Verantwortung von Hochschulen einfordern, wenn deren Wahrnehmung mit persönlicher Diffamierung verantwortlicher Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler durch anonym agierende Feiglinge fraglicher politischer Provenienz verbunden ist.

Die antiken Griechen, denen wir den Begriff der „Demokratie“ verdanken, die sie entschieden befürworteten, favorisierten allerdings auch den Gedanken einer „Aristokratie“, einer innerhalb demokratischer Strukturen zu realisierender Herrschaft der „Besten“, die für regierungsleitende Ämter intellektuell und von ihrer politischen Erfahrung heraus am besten für Führungspositionen geeignet erschienen. Sie bildeten aber auch die Begriffe für die denkbare Abschaffung der Demokratie durch die Herrschaft (arché) eines einzelnen (mónos) – „Mon-Archie“ oder zutreffender „Monokratie“ – oder die Dominanz einer ungebildeten und ungezügelter Volkmenge: „Ochlokratie“. Ich könnte das in einer an Sigmar Gabriels Diktion angelehnten Formulierung übersetzen als „die Herrschaft des Packs“.

„Ochlos“ ist vom Griechischen her nicht in erster Linie eine polemische und pejorative Bezeichnung für politische Gegner, sondern verweist vor allem auf deren mangelnde Bildung, ihr defizitäres politisches Bewusstsein und ein Fehlen von Verantwortungsgefühl, sofern nicht ihre sehr eigenen persönlichen Interessen zentral thematisiert werden.

Die parlamentarische Demokratie ist die in Jahrhunderten herausgefundene Realisierung einer optimalen Synthese von Demokratie und Aristokratie (dass nämlich die dafür am besten geeigneten Personen in die Parlamente gewählt werden), wenn wir als Wählerinnen und Wähler aufpassen und uns nicht ochlokratisieren lassen.

Und wenn der eine oder andere politische „Skandal“ aufgedeckt und angeprangert worden ist, indiziert dies kein Defizit der Demokratie, sondern stellt im Gegenteil öffentlich klar, dass die jeweils interne und die gegenseitige Kontrolle der Gewalten funktioniert – und dass auch eine freie und unzensurierte Presse ihren gewichtigen Anteil daran hat.

Ultra-Rechte und ultra-Linke haben beide nichts mit Demokratie zu tun. Wenn sie sich gegenseitig vermöbeln, mag das für Außenstehende einen vorläufigen Unterhaltungswert haben. Aber höchstens so lange, bis ihr eigenes Hab und Gut dabei demoliert wird oder in Flammen aufgeht oder bis sie selbst infolge unglücklicher Umstände zwischen die Fronten geraten.

Immer schon zwischen diesen Fronten stehen die demokratischen Gegner jedes militanten Radikalismus. Diese demokratische „Mitte“ hat ein hinreichend breites Spektrum von „linken“ bis zu „rechten“ Positionen.

Was sie eint, ist ihre Verpflichtung auf die Demokratie und das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland. Sie sind die überwältigende Mehrheit in unserem Land und garantieren – wenn sie bei gesundem Verstand bleiben – den Fortbestand unserer Demokratie.

Niemand von uns aber darf diesen Fortbestand als selbstverständlich voraussetzen, wenn wir uns nicht dafür engagieren. Die Geschichte Deutschlands hat dafür ein furchtbares Beispiel bereit. Wenn die „demokratische Mitte“ nicht aufsteht und aktiv wird, gewinnen extremistische Positionen eine Verbreitung, die nicht zu tolerieren ist. Wir als Universität erwarten von unseren Lehrenden und unseren Studierenden ein klares Bekenntnis zur parlamentarischen Demokratie, zur Wissenschaftsfreiheit und zur Internationalisierung und Weltoffenheit von Wissenschaft und Hochschulen.

Wir verstehen es als eine dem Rechtsstaat und seinen demokratischen Grundlagen dankbar verpflichtete Institution als einen Affront, dass eine politische Gruppierung zweifelhafter demokratischer Legitimität durch den Bezug eines Hauses unmittelbar gegenüber dem Steintor-Campus einen nationalistischen Brückenkopf gegenüber akademischer Internationalität und Freiheit errichtet hat und ein potentiell Bedrohungsszenario aufbaut. Wir werden als Rektorat alle uns bekannt werdenden Übergriffe zur Ahndung bringen, alle offene Auseinandersetzung mit dieser Gruppierung unterstützen und alle Initiativen fördern, die unseren Campus als intellektuell herausfordernd, bunt, demokratisch und international aufgestellt zur Geltung bringen. Als Partner dazu sind uns die Stadt und die demokratiebewusste Nachbarschaft herzlich willkommen.

Meine Damen und Herren, zweimal habe ich den Kalauer zelebriert von den Walen (ohne „h“) und dem Wahljahr. Schon die alten Römer wussten: „Bis repetita non semper placent“ – oder in freier Übersetzung: Man will's nicht noch ein drittes Mal hören.

Ich verstoße gegen diese antike Weisheit und zitiere Frau Dr. Hirschinger aus der Personalratszeitung: „2018 ist großes Wahljahr an der Martin-Luther-Universität!“. In der Tat werden in diesem Jahr alle Gremien neu gewählt – und auch das Rektorat. Das heißt für Sie, dass Sie es gleich hinter sich haben werden und nie wieder eine Neujahrsrede von mir anhören müssen, weil ich am Ende dieser Amtszeit in den Ruhestand gehe und mich zum ersten Mal seit meinem Habilitationsstipendium vor rund 30 Jahren wieder ausschließlich der Wissenschaft widmen werde.

Das bedeutet allerdings nicht, dass dieses Rektorat bis zum Amtswechsel am 1. September als „lame duck“ einzuschätzen wäre. Wir arbeiten voll weiter, werden auch noch Verhandlungen über die nächsten Zielvereinbarungen ab 2019 führen – und ich pflege zu sagen: Kaum jemand ist so gefährlich, wie ein Rektor im letzten Jahr seiner Amtszeit, der nicht auf eine Wiederwahl ambitioniert.

So wünsche ich Ihnen für dieses und viele weitere Jahre alles Gute,

hoffe, dass Sie von Ihren guten Vorsätzen zumindest *einen* realisieren können, um Ihr Gewissen zu beruhigen,

oder ansonsten davon überzeugt sind, dass „gute Vorsätze“ für ein Neues Jahr zu den abergläubischen Riten gehören, die ohnehin keine Bedeutung haben.

Alles Gute für das Jahr 2018!